



Weißbuch 2016 – Empfehlungen der Politisch-Militärischen Gesellschaft

Ralph D. Thiele

Februar 2015

Zusammenfassung

Bis zum Jahr 2016 soll in Deutschland unter Federführung des Verteidigungsministeriums ein neues Weißbuch erarbeitet werden. Die Mitglieder der Politisch-Militärischen Gesellschaft e.V. (pmg) empfehlen einen Neuan-satz, der mittels einer Gesamtstrategie aufzeigt, wie man den Herausforderungen einer „Welt aus den Fugen“ wirkungsvoll und erfolgreich begegnet. Hierzu stellen sie 12 Empfehlungen zur Diskussion.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltum-spannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Für die deutsche Sicherheitspolitik ist es an der Zeit, eine neue Standortbestimmung vorzunehmen. Seit dem letzten Weißbuch aus dem Jahr 2006 ist viel passiert. In der Tagesschau wurde kürzlich berichtet, dass die Verteidigungsministerin bei der Formulierung des neuen Weißbuches einen "inkluisiven" Ansatz verfolge. Danach wird das Weißbuch gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt erarbeitet und unter Beteiligung relevanter Ressorts wie dem Innen- und Entwicklungsministerium erstellt. Darüber hinaus wolle die Ministerin, dass sich auch andere Ministerien, Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen, die NATO, die EU und die wichtigsten Bündnispartner einbringen können. Auch die Bürger sollen ihre Sicht der Dinge „online“ beisteuern können. In der Vorbereitung des Weißbuches soll es Diskussionsveranstaltungen, Workshops und Gesprächsrunden geben.

Empfehlungen

1. Fortschreibung versus Neuansatz

Klarheit sollte von Beginn an bestehen, ob es sich beim neuen Weißbuch um eine Fortschreibung des alten Weißbuches oder um einen Neuansatz handelt. Viel spricht für den Neuansatz. Grundsätzlich setzen die in den letzten zehn Jahren veränderten Rahmenbedingungen: Welt aus den Fugen, Globalisierung, die Verwerfungen in den arabischen Staaten, die Bedrohungen durch den "Islamischen Staat" und Boko Haram, die Ukraine-Krise, das zunehmend strapazierte Verhältnis zu Russland, Chinas Aufstieg in der Welt, der rasche Abstieg Europas und auch im Verhältnis zu unserem wichtigsten Verbündeten, den USA, gibt es leider Probleme (NSA/Detention Camps etc.), zukünftige Megatrends (darunter Demographie, Individualisierung, Digitalisierung, Urbanisierung, Klimawandel, Ressourcen, Fragilität), die ausgesetzte Wehrpflicht, rasant wachsende Cyber-Gefährdungen stellen eine große Hausnummer für das neue Weißbuch dar. Wir haben es mit einer deutlich verschärften Sicherheitslage zu tun. Deutschlands Sicherheit ist vernetzter als je zuvor. Zugleich zielen staatliche und nicht-staatliche hybride Akteure auf vernetzte Unsicherheit. Zudem wird die Interaktion auch im internationalen Rahmen unseres Handelns (VN, EU, NATO, OSZE, Weltbank, IWF, ad hoc Koalitionen) anspruchsvoller.

2. Wie begegnen wir künftig „Vernetzter Unsicherheit“?

„Die Welt ist anscheinend aus den Fugen geraten“ – mit Blick auf diese zutreffende Feststellung des Außenministers sollte das Weißbuch Ansätze zur Sanierung geben. Die „Leitlinien für den Umgang mit fragilen Staaten“ aus dem September 2012 sind ein bemerkenswerter ressortübergreifender Ansatz, der jetzt im neuen Weißbuch fortgesetzt werden kann und sollte. Das neue Weißbuch sollte Sicherheitspolitik als wesentlichen Teil einer verantwortlichen, praktisch wirksamen Gesamtpolitik/ Gesamtstrategie darstellen und erläutern. Früheren Ansätzen der Vergangenheit mangelte es bisher an operativer Umsetzung. Eine in der praktischen Politik verankerte Gesamtstrategie ist gegenwärtig und künftig unverzichtbar, da die immer wieder genannten Herausforderungen einer globalen Welt mittlerweile Realität sind und das Leben auf dem Globus bestimmen.

3. Formulierung von Werten, Interessen und Zielen Deutschlands als Basis für vernetztes Handeln

Klar formulierte Werte, Interessen und Ziele sollten dieser Gesamtstrategie eine verständliche Orientierung geben. Die Kunst wird sein, diese so offen zu formulieren, dass diese durch alle BSR-Ressorts mitgetragen werden können. Sie sollten als begründende Basis für alle unsere sicherheitspolitischen Politikfelder anwendbar sein, darunter Rüstungs(export)politik, Entwicklungshilfepolitik, Finanzpolitik, Flüchtlingspolitik, Asylpolitik usw.

4. Die Darstellung künftiger Sicherheitsrisiken wird komplexer

Die bisherige Konzentration auf militärische Risiken ist nicht mehr angemessen. Neue und hybride Herausforderungen erfordern eine ganzheitliche Erörterung von Sicherheitsrisiken. Der hybride Krieg, der uns seit den Balkan-Kriegen der 90er Jahre begleitet, prägt sich zunehmend als Kriegsbild des 21. Jahrhunderts aus. Neben der Bedrohung durch Netz- und Cyberattacken werden in der Hardware schon bald neue Fähigkeiten eine bedeutende Rolle spielen. Das Thema Cyber hat inzwischen eine politisch strategische Dimension erlangt, die Außen-, Verteidigungs-, Innen-, Sicherheits-, Industrie- und Gesellschaftspolitik zutiefst beeinflusst. Vielleicht braucht „Cyber“ im neuen Weißbuch sogar ein eigenes Kapitel? Darüber hinaus müssen die raschen technologischen Veränderungen des letzten Jahrzehnts deutlich herausgearbeitet werden. Beispielhaft ist der Einsatz von Robotern und Drohnen (beide Systeme auch im Miniformat) zu terroristischen Zwecken, aber natürlich auch immer stärker auf dem Gefechtsfeld. Hier gilt es, rechtzeitig Abwehrfähigkeiten (auch im Innern) zu entwickeln und ggf. notwendige gesetzliche Regelungen zu treffen. So sollte durchaus auch sachgerecht und sorgfältig diskutiert werden, ob nicht für auf dem Markt frei erwerb- bare Roboter und Drohnen (ab einer bestimmten Größe und Kapazität) eine amtliche Registrierungspflicht notwendig wird, vergleichbar derjenigen bei Waffen.

5. Neubewertung der bisher strikten Trennung in innerer und äußerer Sicherheit

Die künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen erfordern eine Neubewertung und Weiterentwicklung der im Grundgesetz formulierten Trennung von innerer und äußerer Sicherheit. Das neue Weißbuch muss sich ausführlich mit der Frage beschäftigen, inwieweit innere und äußere Sicherheit künftig in noch stärkerem Maße als heute politisch, rechtlich und operativ miteinander verwoben sind. Der Kampf gegen den Terror von ISIS im Irak/Syrien ist außenpolitisch geprägt. Der Kampf gegen bzw. die Abwehr von ISIS-Terroristen in Europa ist innenpolitisch geprägt. In beiden Fällen stehen wir aber derselben „Gegnerschaft“ gegenüber. Die Komplexität der sicherheitspolitischen Herausforderungen (z. B. klassische Konflikte, terroristische Bedrohungen, demografische Entwicklung, Migration, Klimawandel, technologische Entwicklung, Cyber) erfordert ein über die Grenzen der ministeriellen Ressorts hinausgehendes vernetztes Denken, Handeln und Entscheiden. Die Behandlung des Themas von innerer und äußerer Sicherheit verlangt dann logischerweise eine Antwort auf die Frage zum Einsatz der Bundeswehr im Innern. Diese Frage wird kommen! Die Bundesregierung kann sich den dazu erforderlichen Entscheidungen nicht dauerhaft entziehen.

6. Auch Energie- und Versorgungssicherheit sind nach außen wie nach innen miteinander verknüpft

Auch beim Thema Energie- und Versorgungssicherheit ist die deutsche bzw. europäische Interessenlage nach außen wie nach innen miteinander verknüpft. Vorausschauende Sicherheitsvorsorge verlangt hier bereits heute politische, rechtliche und operative Konzepte und Maßnahmen. Die polizeilichen Kapazitäten weisen für das immer breiter werden Aufgaben-/Einsatzspektrum kaum noch Reserven auf.

7. Hervorgehobene Ansprache des Themas Maritime Domain Security

Maritime Domain Security sollte im Weißbuch besondere Beachtung finden, denn für die Bundesrepublik Deutschland als exportorientierte Nation ist die Sicherung der Seewege, der Küsten und Häfen sowie der dort etablierten Prozesse von elementarer Bedeutung. Auch hier ist ein Feld – insbesondere in Häfen, aber auch EEZs –, in dem die Trennung von innerer und äußerer Sicherheit nicht zielführend ist.



8. Konkretisieren der Vision einer Europäischen Armee

Die künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen betreffen die gesamte EU und NATO. Die absehbar knappen Haushaltsmittel in allen Staaten der EU erfordern intelligente, wirtschaftliche und effiziente Vorgehensweisen zur Schaffung einer zukunftsorientierten Europäischen Armee. Dazu sind gezielt Zwischenschritte einzuleiten z. B. durch Intensivierung der Zusammenarbeit mit den kleineren Nachbarstaaten – insbesondere auf den Gebieten der Streitkräfte- und Ausrüstungsplanung, der Entwicklung gemeinsamer Streitkräftestrukturen sowie der Aus- und Weiterbildung insbesondere des (künftigen) Führungspersonals.

9. Einrichtung einer Bildungskommission

Das Bild des Krieges, künftiger Konflikte sowie der Rolle und Aufgaben von Streitkräften verändert sich umfassend. Dies hat Auswirkungen auf die Struktur künftiger Streitkräfte, Strukturen und das Personal. Wir benötigen zukünftig mehr denn je „Wissenskrieger“ (Toffler). Daher bedarf die Aus- und Weiterbildung der Streitkräfte einer umfassenden Untersuchung über den künftigen Bedarf an Bildung und Ausbildung. Die heutige Struktur des Ausbildungssystems der Bundeswehr (soweit es dieses überhaupt gibt!) beruht im Kern auf den Entscheidungen im Kontext der Bildungsreform Anfang der 70er Jahre. Dies ist mit Sicherheit nicht mehr zeitgemäß. Darüber hinaus liegt in der Rekrutierung und Ausbildung des Führungsnachwuchses eine bedeutende Aufgabe des nächsten Jahrzehnts. Auch hier brauchen wir dringend neue Konzepte.

10. Abstimmungsprozesse zwischen den zu beteiligenden Ressorts verbessern

Jede Erarbeitung der Weißbücher in der Vergangenheit war stets eine große Herausforderung hinsichtlich des Abstimmungsprozesses zwischen den betroffenen Ministerien. Da am Ende eine Billigung durch die gesamte Regierung (also durch das ganze Kabinett einschließlich Kanzleramt) stehen sollte, entsprach das inhaltliche Ergebnis einem Minimalkonsens (vor allem, wenn mehrere Parteien an der Regierung beteiligt waren). Eine frühe inhaltliche Vereinbarung über Kernaussagen und Abstimmungsprozesse erleichtert das Procedere. Beim neuen Weißbuch 2016 reicht ein Minimalkonsens nicht. Der Anspruch muss sein, einen großen Wurf zu machen, der nicht ein Abbild der Gegenwart beschreibt, sondern die sicherheitspolitische Landschaft und die sicherheitspolitischen Herausforderungen der nahen Zukunft umfasst. Da das neue Weißbuch lediglich mit einem Minimalkonsens seine angestrebte Wirkung nicht erfüllen würde, böte sich vielleicht bei strittigen Themen eine inhaltliche Darstellung in Form von „These-Antithese“ an. Es könnten aber auch nicht konsensfähige Aussagen durchaus in Form von „Diskussionsbeiträgen“ formuliert werden.

11. Online-Beteiligung der Öffentlichkeit

Wesentliche Bedeutung ist dem gesamten „Weißbuchprozess“, sprich der Erstellung des Weißbuches, in der Interaktion mit Bevölkerung und Öffentlichkeit beizumessen. Es macht keinen Sinn, erst das finale Ergebnis Experten und Bevölkerung vorzustellen; heute bedarf es mehr denn je an durchgängiger Transparenz und Partizipation. Es ist ja bereits angekündigt und bietet sich auch an, bei der Erarbeitung des neuen Weißbuchs erstmalig die „Strategic Community“ oder gar eine erweiterte Öffentlichkeit „online“ zu beteiligen. Nahezu alle politischen Parteien sind mittlerweile bei der Erarbeitung wichtiger Papiere dazu übergegangen, ihre Mitglieder und die interessierte Öffentlichkeit derart zu beteiligen. Eine solche Online-Plattform könnte nach Herausgabe des neuen Weißbuchs in 2016 geschaltet bleiben, um den Dialog zwischen Ministerium und Öffentlichkeit zu fördern. So könnte auch ein wirksamer Beitrag für das Verständnis und die Akzeptanz von Sicherheits- und Militärpolitik sowie der Bundeswehr geleistet werden.

12. Ankündigung einer ressortübergreifenden Überprüfung von Organisationen und Strukturen

Sollte das neue Weißbuch tatsächlich einen Neuanfang beinhalten, verlangt dies auch eine Überprüfung aller Organisationen und Strukturen in den betroffenen Ressorts. Die USA haben bereits 2001 mit home defence security strukturell und konzeptionell reagiert. Auf Dauer sind auch ressortübergreifende aufbau- und ablauforganisatorische Konsequenzen unausweichlich.

Anmerkung: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors sowie der Mitglieder der Politisch-Militärischen-Gesellschaft e.V. (pmg) wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Oberst a.D. und Diplom-Kaufmann Ralph D. Thiele ist Vorsitzender der Politisch-Militärischen Gesellschaft e.V. (pmg), Berlin und CEO von StratByrd Consulting. In seiner militärischen Laufbahn war Herr Thiele in bedeutenden nationalen und internationalen, sicherheits- und militärpolitischen, planerischen und akademischen Verwendungen eingesetzt, darunter im Planungsstab des Verteidigungsministers, im Private Office des NATO-Oberbefehlshabers, als Chef des Stabes am NATO Defense College, als Kommandeur des Zentrums für Transformation und als Direktor Lehre an der Führungsakademie der Bundeswehr.

Eine Vielzahl von Publikationen, regelmäßige Vorträge in Europa, Amerika und Asien sowie eine intensive Forschungstätigkeit im Kontext deutscher, österreichischer und europäischer Sicherheitsforschung unterstreichen sein ausgeprägtes Kompetenzspektrum.

Ralph D. Thiele ist Mitglied im Beirat Deutscher Arbeitgeber Verband e.V., Wiesbaden und im Defence Science Board, das von Gerald Klug, Verteidigungsminister der Republik Österreich, geleitet wird.



Ralph D. Thiele